

15.01

**Abgeordnete Mag. Judith Schwentner** (Grüne): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Warum dieser Fristsetzungsantrag? – Wir haben ja im letzten Sozialausschuss – nicht zufällig, sondern weil eben ganz Österreich gerade über die Mindestsicherung diskutiert – sehr, sehr viele Anträge zur Mindestsicherung gehabt, und alle diese Anträge – obwohl ich meine, dass sie eigentlich dringend diskutiert werden sollten – wurden vertagt.

Wir fordern daher für **einen** Antrag – ich erläutere ihn später dann noch genauer –, der uns besonders wichtig ist, diese Fristsetzung. Wir glauben nämlich, dass nicht nur ganz Österreich über die Mindestsicherung diskutieren soll – teilweise geschieht das mit Unwahrheiten, mit Halbwahrheiten, die oft ganz bewusst gestreut werden (*Zwischenruf bei der FPÖ*) –, sondern dass auch hier an diesem Ort, an dem dann letztlich diese neue 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern beschlossen werden soll, über die Mindestsicherung diskutiert werden muss. Das ist meine Meinung. (*Beifall bei den Grünen.*)

Was ist die Mindestsicherung? – Ich rufe es noch einmal in Erinnerung: Sie ist das letzte soziale Netz vor dem totalen Absturz, das wir in Österreich zu bieten haben. Sie ist das Netz, das die Menschen auffangen soll in einer Situation, in der sie von Armut gefährdet sind, in der sie in extremer Notlage sind, aus der ihnen auch wieder herausgeholfen werden muss. Wir sind uns alle einig, dass wir nicht wollen, dass die Leute in die Mindestsicherung kommen und da bleiben, sondern dass sie von dort auch wieder herauskommen. (*Präsidentin Bures übernimmt den Vorsitz.*)

Ich habe mittlerweile den Eindruck, dass einige – und ich schaue da ganz bewusst auch in Richtung ÖVP – dieses soziale Netz sehr bewusst grobmaschiger machen, größere Löcher hineinmachen und damit ganz bewusst den sozialen Frieden in Österreich gefährden. Und ich möchte dem nicht zusehen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Es gibt seit Monaten die Verhandlungen mit den Ländern, mit den SoziallandesrätInnen und dem Herrn Minister. (*Zwischenruf des Abg. Rädler.*) Eigentlich ist das Ganze recht gut auf Spur, es gibt weitgehend Einigung. Nur ein Land – und ich schaue da auch wieder in Richtung ÖVP –, nämlich Niederösterreich, boykottiert diese Einigung seit Monaten, und ich habe den Eindruck, es ist so ein bisschen wie bei einem Standortwettbewerb. (*Zwischenruf des Abg. Rädler.*)

Normalerweise ist es beim Standortwettbewerb so, dass wir schauen, dass wir die besten Köpfe finden, dass wir die besten Orte finden, dass wir gut auswählen, dass wir

Kompetenzen aufbauen. *(Zwischenruf des Abg. Rädler.)* Aber was machen wir in diesem Fall? – Sie starten einen Wettbewerb der Grauslichkeiten *(Zwischenruf des Abg. Rädler)*, bei dem zunehmend auf dem Rücken der Menschen Schlitten gefahren wird und bei dem man sich quasi darum matcht, wer wem schneller das letzte Hemd auszieht. *(Abg. Rädler: Reden Sie einmal mit den Bürgerinnen und Bürgern!)* Ich sehe da sehr viel Verantwortung bei der ÖVP, also hören Sie mir bitte lieber zu, als dazwischenzurufen – danke schön. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Rädler.)*

Was soll die Mindestsicherung sein? – Die Mindestsicherung ist, wie ich schon gesagt habe, ein Instrument, das dann helfen soll, wenn sonst nichts mehr hilft, ein Instrument, das dann helfen soll, wenn Menschen nicht wissen, wie sie den Alltag bestreiten, wie sie eigentlich überleben sollen, wie sie heizen sollen, wie sie ihren Kindern einen Skikurs ermöglichen können, wie sie überhaupt am sozialen Leben teilnehmen können.

Es ist etwas ganz, ganz Außergewöhnliches in Österreich, dass wir diese Mindestsicherung haben. Das ist im europäischen Vergleich eine gute Sache, bitte zerstören Sie sie nicht! Lassen Sie uns doch gemeinsam an dieser neuen 15a-Vereinbarung arbeiten, die gewährleistet, dass wir von Westen bis Osten, von Bregenz bis Neusiedl überall ein einheitliches System in der Mindestsicherung haben. *(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Königsberger-Ludwig.)*

Ich komme daher zu unserem Antrag – der Antrag will nämlich nichts mehr, als dass wir das vereinheitlichen. Was war in der Vergangenheit? Mein Kollege Karl Öllinger kann da noch mehr darüber erzählen, weil er es miterlebt hat. 2010 ist die Mindestsicherung entstanden, seitdem haben schon einige Länder das Ganze torpediert. Da geht es nicht um Ausländer und Inländer und subsidiär Schutzbedürftige, sondern da geht es um Österreicherinnen und Österreicher, die in vielen Ländern schon jetzt benachteiligt werden, und das, wie wir meinen, verfassungswidrig. *(Zwischenruf des Abg. Rädler.)*

Nehmen wir beispielsweise die Steiermark: In der Steiermark zahlen Angehörige den Regress für die Mindestsicherungsempfänger, Angehörige müssen das zurückzahlen. In Kärnten sind Lehrlinge von der Mindestsicherung ausgeschlossen. *(Zwischenruf bei der FPÖ.)* In Niederösterreich – ich bin wieder bei Niederösterreich – wird bei Menschen mit schwerster Behinderung, die eine erhöhte Familienbeihilfe beziehen, die Familienbeihilfe abgezogen.

Das sind alles Zustände, die eigentlich nicht tragbar sind und die jetzt, und das hat eine ganz neue Qualität ... *(Abg. Rädler: Nicht tragbar?)* – Nicht tragbar, ja, untragbar sind

sie! Das hat jetzt eine ganz neue Qualität, weil in vielen Ländern noch zusätzliche Hürden aufgebaut werden, die überhaupt verfassungswidrig sind.

Mit unserem Fristsetzungsantrag möchten wir, dass Sie, lieber Herr Minister und wertige Regierung, vor den Verfassungsgerichtshof treten und prüfen lassen, was da seit Jahren in den Ländern passiert und was derzeit auch auf dem Rücken der Ärmsten der Armen in Österreich passiert. *(Zwischenruf des Abg. Rädler.)* – Herr Rädler, hören Sie mir noch kurz zu, denn ich möchte jetzt mit zwei Mythen aufräumen, die die ÖVP permanent verbreitet.

Das eine ist das Einsparungspotenzial beim Deckel für Mehrkindfamilien. Wir hören immer von einer Deckelung bei 1 500 € und dann ist Schluss bei Mehrkindfamilien, und Sie reden davon, dass man da so viel einsparen kann. Wir haben uns das jetzt angeschaut. *(Zwischenruf des Abg. Hammer.)* Es ist in den letzten Tagen eine Studie des WIFO erschienen, die nachweist, dass 2 Prozent der Bedarfshaushalte davon betroffen sind – **2 Prozent!** Wissen Sie, was das in Zahlen heißt? Ich rechne es Ihnen jetzt vor, wertige KollegInnen von der ÖVP, damit Sie wissen, dass das **kein** Einsparungspotenzial bedeutet. Ich frage mich daher, was Sie sonst mit dieser Botschaft wollen. *(Zwischenruf des Abg. Amon.)*

Da geht es nämlich um **15 Millionen €** – 15 Millionen €, die aber die Gefahr bringen, dass Familien schon ab zwei Kindern in die Armutsfalle geraten, und Sie beteiligen sich munter daran! Familien mit zwei Kindern! *(Beifall bei den Grünen. – Abg. Rädler: ... Wahlhelfer für die Blauen! – Weitere Zwischenrufe der Abg. Rädler und Walser.)*

Eine Familie mit zwei Kindern verliert nach Ihrer Regelung 150 €. Wissen Sie, was das bedeutet, 150 € für eine Familie mit zwei Kindern, eine Familie mit drei Kindern, mit vier Kindern? Wissen Sie, was das heißt? – Nein! Weil wir alle hier genug verdienen, weil es uns gut geht, weil wir nicht nachempfinden können, wie es Menschen geht, die jeden Cent umdrehen müssen, die ganz schwer am sozialen Leben überhaupt teilnehmen können. *(Zwischenruf des Abg. Amon.)*

Der zweite Mythos, mit dem ich aufräumen möchte, ist diese Differenz. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Sie sagen immer, die Mindestsicherung sei zu hoch, denn da zahle sich das Arbeitengehen nicht aus. Ich möchte das aber umdrehen: Die Mindestsicherung ist nicht zu hoch! Es gibt Menschen – sehr viele Frauen, die im Service arbeiten, in Cafés, im Handel, Friseurinnen *(Abg. Rädler: Die gar nicht arbeiten!)* –, die arbeiten für unter 8 € Stundenlohn. Unter 8 €! *(Zwischenruf des Abg. Amon.)* Diese 8 € verdienen Sie in ich weiß nicht wie viel Minuten, und diese Menschen verdienen unter 8 € in der

**Stunde.** Es geht also nicht um eine Verringerung der Mindestsicherung, sondern es geht um das Anheben der Löhne in sehr, sehr vielen Branchen. Dann sind die Menschen nicht auf diese Mindestsicherung angewiesen. Also hören wir bitte auf mit der Neiddebatte und lassen Sie uns öfter hier über das diskutieren, wie das soziale Netz in Österreich funktionieren kann und soll, und da würde ich mich gern beteiligen. *(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Gisela Wurm. – Abg. Rädler: Vorbereiterin des Rechtsrucks!)*

15.09

**Präsidentin Doris Bures:** Meine Damen und Herren, die Redezeit aller folgenden Rednerinnen und Redner beträgt 5 Minuten.

Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Königsberger-Ludwig. – Bitte.